

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)

des Integrationsrates

am Mittwoch, **16.01.2013**, 18:00 Uhr - 19:50 Uhr,
Lublin-Zimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Hüseyin Avlar , Sylvie Eschkotte , Dr. Diraid Ibrahim , Christoph Kattentidt , Manfred Kehr , Türkan Kurt , Antonio Machado da Silva , Felix Ruben Manrique Barrera , Spyridon-Paul Marinou , Franziskus-Pius Graf von Merveldt , Hoang Ngan Nguyen , Dr. Musa Mohammad Omar , Ahmet Özdemir , Pascal Powroznik , Deler Saber , Petra Seyfferth , Kakha Tandilashvili , Dr. Georgios Tsakalidis , Robert von Olberg , Peter Wolfgarten , Sandra Wübken , Dr. Ömer Lütfü Yavuz , Ahmet Yesilyaprak ,

von der Verwaltung

Ralf Bierstedt , Susanne Jostameling , Thomas Paal , Marcus Schölling ,

für die Schriftführung

Regina Etienne ,

Es fehlten:

Joachim Bruns , Mehmet Akif Cetinkaya , Yildirim Eroglu , Aynur Küçük ,

Tagesordnung

- | | | |
|--------------------|------|---|
| | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 2. | Anhörungen |
| <u>V/0973/2012</u> | 2.1. | Unterbringungskonzept für Flüchtlinge in Münster |
| V | 3. | Berichte |
| <u>V/1000/2012</u> | 3.1. | Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenter Münster 2013 |
| V | 4. | Berichte aus den Ausschüssen |
| | 5. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Der Vorsitzende Herr Spyros Marinos eröffnete die Sitzung. Er wünschte allen Mitgliedern und Anwesenden alles Gute für das Neue Jahr.

Er begrüßte weitere Teilnehmer und Gäste dieser Sitzung: Stadtrat Thomas Paal von der Verwaltung, Herrn Ralf Bierstedt und Herrn Marcus Schölling vom Jobcenter. Frau Susanne Jostamelting wurde heute als Vertreterin der Vorlage V/00973/2012 „Unterbringungskonzept für Flüchtlinge in Münster“ begrüßt.

Der Vorsitzende entschuldigte Herrn Bruns, der sich mit anderen Verpflichtungen abgemeldet hatte.

Der Vorsitzende Herr Marinos erteilte dem Stadtrat Herrn Paal das Wort.

Herr Paal begrüßte die Anwesenden. Die Mitteilungen gab er ob der Kürze der Zeit zum Protokoll:

Ein Auszug aus den Pressemitteilungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF):

„Mehr Geld für Integrationskurse

Durch die Erhöhung der Kostenerstattungssätze und der Vergütungsgrenze können freiberufliche Integrationskurslehrkräfte künftig besser bezahlt werden.

Eine der wichtigsten innenpolitischen Aufgaben ist die Förderung der Integration von in Deutschland lebenden Zuwanderern. Kernstück der Integrationsförderung sind die Integrationskurse, die sich als große Erfolgsgeschichte erwiesen haben.

Seit ihrer Einführung im Jahr 2005 wurden ca. 1,2 Millionen Teilnahmeberechtigungen ausgestellt. Im ersten Halbjahr 2012 erreichten erstmals 57 Prozent der Prüfungsteilnehmer das höchstmögliche Sprachziel B1.

Um den Integrationserfolg auch in Zukunft sicherzustellen, sind qualifizierte Integrationsträger und Lehrkräfte unerlässlich. Sie leisten wichtige Arbeit und haben maßgeblich zu den erreichten positiven Entwicklungen beigetragen. Um die hohe Qualität von Integrationskursen auch zukünftig sicherzustellen, hat das Bundesinnenministerium folgende Maßnahmen beschlossen:

Erhöhung der Kostenerstattungssätze

Ab dem 1. Januar 2013 werden die bisher geltenden Kostenerstattungssätze für die Durchführung von Integrationskursen von 2,54 € bzw. 2,60 € (für Alphabetisierungs- und Jugendkurse sowie Kurse für behinderte Menschen) pro Teilnehmer und Unterrichtseinheit einheitlich auf 2,94 € erhöht. Dies entspricht einer Erhöhung um rund 16 Prozent.

Anhebung der Vergütungsgrenze

Die Vergütungsgrenze für Lehrkräfte wird von 18 € auf 20 € angehoben. Das bedeutet, dass Träger von Integrationskursen nur dann eine mehrjährige Zulassung erhalten, wenn sie die Vergütungsgrenze von 20 € einhalten. Zahlt ein Träger weniger, erfolgt die Zulassung des Kurs-trägers für die Durchführung von Integrationskursen nicht mehrjährig, sondern lediglich für ein Jahr.“

Quelle: Bundesministerium des Innern
Ausgabe 0001/2013
Datum 02.01.2013

Und:

„Startschuss für Kampagne „Anerkennung von Vielfalt“

Bundesamt setzt Praxisempfehlungen des „Runden Tisches Aufnahmegesellschaft“ um

Unter dem Titel „Anerkennung von Vielfalt“ plant das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gemeinsam mit Kooperationspartnern eine bundesweite Informationskampagne. Die Initiative geht auf eine Empfehlung des „Runden Tisches Aufnahmegesellschaft“ zurück.

„Ziel der anstehenden Kampagne ist es, die Wertschätzung gesellschaftlicher Vielfalt in der Aufnahmegesellschaft weiter zu erhöhen“, so Dr. Manfred Schmidt, Präsident des Bundesamts.

Das Expertengremium hatte unter Moderation des Bundesamts seit Januar 2012 eine Reihe praxisnaher Empfehlungen für eine Willkommens- und Anerkennungskultur erarbeitet.

Zu den weiteren zentralen Maßnahmen, zu deren Umsetzung sich das Bundesamt selbst verpflichtet hat, gehört auch die Schaffung so genannter „Willkommensbehörden“. In Form eines Modellprojekts sollen gemeinsam mit Melde- und Ausländerbehörden Musterprozesse entwickelt werden, die den örtlichen Stellen Orientierung bei der Weiterentwicklung der eigenen Organisation zu einer „Willkommensbehörde“ geben.

Auch lokale Bürgerplattformen werden vom Bundesamt künftig sowohl im Rahmen ihrer Gründung gefördert, als auch anschließend bei der Arbeit vor Ort unterstützt.

„Unser Land entwickelt sich seit Jahrzehnten zu einer immer pluraleren Gesellschaft“, so Dr. Schmidt. *„Diese Vielfalt ist eine Chance für die kulturelle, wirtschaftliche, demografische und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands. Doch Chancen müssen auch gestaltet werden. Die Ergebnisse des Runden Tisches zeigen auf, was wir konkret tun können, um unser Land langfris-*

tig für Zuwanderinnen und Zuwanderer attraktiv zu machen und gleichzeitig den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.“

Der Abschlussbericht des Expertengremiums mit weiteren Empfehlungen soll noch im ersten Quartal 2013 vorgelegt werden. „

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Ausgabe 0026/2012
Datum 11.12.2012

Der Vorsitzende Herr Marinos bedankte sich. Jetzt führte er selbst aus:

Unfalltod des Ehepaars

Der Beginn des Schuljahres war für die Schülerinnen und Schüler des Geschwister-Scholl-Gymnasiums und des Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasiums sehr schwer! Die einen hatten die sehr beliebte stellvertretende Schulleiterin, Monika Hermans verloren und die anderen mussten den Verlust ihres beliebten Schulleiters Dr. Arnold Hermans verkraften. Beide waren Opfer bei einem Verkehrsunfall Ende letzten Jahres geworden.

Herr Marinos fand auch Worte des Beileids für die Söhne, die jetzt ohne ihre Eltern aufwachsen müssen.

Überführung des Mosambikaners

Zum Fall des zu überführenden Leichnams des Mosambikaners in seine Heimat musste Herr Marinos berichten, dass es hier immer noch Verzögerungen und Probleme gab. Die Botschaft forderte noch weitere Papiere nach, die zu erlangen wieder eine Zeitverzögerung mit sich brachte.

Wunschkarte für das Neue Jahr zum „Weltflüchtlingstag“

Leider konnte die neue Auflage einer Bild-Postkarte des Künstlers „Plato“ mit dem Titel „Lasst uns eine Menschenbrücke bauen“ nicht rechtzeitig als Neujahrsgruß fertig gestellt werden. Auch der Versand hatte sich so verzögert, dass jetzt der Vorschlag an das Gremium ging, diese wiederholte Auflage anlässlich des Weltflüchtlingstages am 20.06.2013 vorzubereiten, um damit ein Zeichen zu setzen.

Es folgten Hinweise auf verschiedene Veranstaltungen:

Gegen die Abschiebung von Menschen

In der Katholischen Fachhochschule, Piusallee hat es seitens der Studentenschaft eine große Versammlung gegeben. Es wurde Bezug genommen auf die aktuellen Ereignisse der „Cap Anamur“ des Vereins „Deutsche Notärzte e.V.“.

Abschiebungen in Münster

Es gab einige Beschwerden zu einer aktuellen Abschiebung. Herr Marinos sprach dazu nur kurz und stellte hier noch einmal klar, dass diese aus rechtlichen Gründen nicht mehr zu stoppen war.

Weihnachtskonzerte

Die Weihnachtskonzerte der International Gospel Church waren wieder sehr gut besucht. Besonders die Veranstaltung im Fürstenberghaus war auch im Jahr 2012 ein voller Erfolg.

Lettisches Zentrum

5 Nationen traten an bei der Seeräuberbilliard-Meisterschaft (Novuss) an. Die Veranstaltung im

Lettischen Zentrum am 12./13.01.2013 wurde von Bürgermeisterin Karin Reismann eröffnet.

Ein Interview mit einer Flüchtlingsfamilie

Herr Marinos berichtet davon, dass es ein Interview mit einer Flüchtlingsfamilie gegeben hat, die über Ihre Einschränkungen in der Unterbringung berichtet.

Muttersprachlicher Unterricht für kurdische Kinder gefordert

Herr Marinos teilte mit, dass trotz anderer Zusagen seitens des Amtes für Schule und Weiterbildung, es noch kein Angebot an Münsters Schulen gäbe. Er will der Sache nachgehen und ggfls. eine Beschwerde einlegen.

Herr Ahmet Özdemir teilte persönliche Einladungen an die Mitglieder des Gremiums aus:

Christlich-muslimischer Arbeitskreis

Der christlich-islamischer Arbeitskreis lädt zu einer Veranstaltung ein.

Dabei wird es auch ein Vortrag geben zum Thema „Muslimen in deutschen Krankenhäusern“.

Jeder sei herzlich zur Veranstaltung am 17.01.2013 eingeladen.

Herr Pascal Powroznik wies auf eine Veröffentlichung einer Broschüre hin:

Mitmachen, mitmischen und gestalten

Die Broschüre aus dem Jahr 2005 hat es seinerzeit auch in 8 Übersetzungen gegeben.

Der Wunsch von Herrn Marinos: Die Broschüre an alle Mitglieder im Gremium zu versenden.

Herr Marinos nahm erneut das Wort auf, um weiter auf Veranstaltungen hinzuweisen:

Weihnachtskonzert am 20.12.2012 der Gruppe „Karibuni“ in der Grundschule Berg Fidel

Eine gute Presse für den Integrationsrat als Mitveranstalter. Am letzten Schultag vor den Ferien folgten alle umliegenden KITAS der Einladung, ein Weihnachtskonzert der Gruppe „Karibuni“ gemeinsam zu erleben.



Anerkennungspreis für die Grundschule Berg Fidel vom Behindertenbeauftragten der Bundesregierung

Die Arbeit der Grundschule Berg Fidel und die Elterninitiative „Eine Schule für Alle“ wurde mit einem Preis ausgezeichnet. Damit würdigten die Preisverleiher das Programm des inklusiven Lernens, welches über die Klasse 4 hinaus auf die Sekundarstufe I und II ausgeweitet werden soll. Das Vorhaben trägt den Titel „Eine Schule für Alle – Berg Fidel 1 – 10 (13)“ und erhielt diese besondere Form der Unterstützung während eines Praxiskongresses mit 450 Teilnehmern und mehr als 80 Inklusionsexpertinnen und –experten.

Die Seniorenvertretung wurde neu gewählt

Am 19.12.2012 wurden die neuen Mitglieder gewählt. Das alte Gremium beendete seine Amtszeit am 31.12.2012. Die erste konstituierende Sitzung fand am 09.01.2013 im Stadtweinhaus statt. Zum Vorsitzenden wurde Martin Schofer, zur 1. Vorsitzenden Margarete Seiling und zum 2. Vorsitzenden Klaus Stoppe gewählt.

„Älter werden in Kinderhaus“ am 31.01.2013

In der Reihe „Kinderhaus im Gespräch“ wird das Thema „Älter werden - in Kinderhaus zuhause sein und Leben gestalten“ erörtert. Herr Marinos wurde eingeladen an der Runde teil zu nehmen. Ort: Pfarrzentrum Kinderhaus, Kristiansandstraße 50, 48159 Münster, 20.00 Uhr.

Intensiv-Deutschkurs

Herr Lütfü Yavuz als Mitglied des Vereins „Internationaler Arbeitskreis e.V.“ teilte mit, dass es noch freie Plätze in dem Deutschkurs gäbe. Dieser Intensiv-Sprachkurs wird mit 24 Stunden in der Woche, jeweils MO – FR, am Ende mit 516 Stunden im Halbjahr angeboten. Der Kurs ist für die Teilnehmer kostenlos, aber es wird gebeten, sich an der Raummiete zu beteiligen.

Punkt 2 der Tagesordnung**Anhörungen****Punkt 2.1 der Tagesordnung
V/0973/2012****Unterbringungskonzept für Flüchtlinge in Münster**

Frau Susanne Jostameling, Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten, stellte die Umstände dar, die zur Sachentscheidung in Bezug auf die aktuellen Unterbringungskonzepte für Flüchtlinge geführt haben.

Frau Jostameling berichtete von dem Maßnahmenkatalog, mit dem die Akzeptanz der Flüchtlingswohnheime in den Stadtteilen verstärkt wird: Mit einer Eröffnungsveranstaltung wird um aktive Anteilnahme bei der Unterbringung geworden. Ein Netz von Ehrenamtlichen würde hier aktiv eingebunden, das Leben der Menschen in Münster zu erleichtern. So würden von vorneherein Räumlichkeiten mit eingeplant, in denen z.B. die Hausaufgabenbetreuung angeboten werden kann. Auch ein Gemeinschaftsraum mit dessen Nutzung später die Kommunikation nach innen und außen ermöglicht wird, ist Teil des Grundkonzepts.

Frau Jostameling appellierte an die Anwesenden diese Projekte mit zu unterstützen.

Herr Marinos dankte für den Vortrag und erteilte das Wort Herrn Stadtrat Paal.

Dieser führte aus, dass der deutliche Anstieg der Zahlen der bundesweiten Erstanträge, nämlich 41,1% im Vergleich zum Vorjahr in der Tendenz mit Blick auf die Krisenlagen in der Welt. Ein leichter Rückgang der Asylanträge sei zwar jetzt seit Oktober 2012 wieder zu verzeichnen, wobei hauptsächlich aus den Ländern Mazendonien, Serbien und Syrien geringere Flüchtlingszahlen registriert wurden. Damit sei aber die prekäre Situation für die hier in Münster lebenden Flüchtlinge nicht in absehbarer Zeit zufriedenstellend gelöst. So seien die Familienunterkünfte mit einer 100%igen Belegung an der Kapazitätsgrenze angekommen.

Der allgemeine Wohnungsmarkt bietet Menschen, die jetzt aus den Unterkünften ausziehen könnten, kaum Chancen, eine bezahlbare Mietwohnung zu finden.

So suche man mit aller Macht nach Notfallkonzepten. Eines davon sei die kurzfristig entschiedene Umbaumaßnahme des alten Hof Buddenbäumers in Angelnmodde, statt des eigentlich geplanten Abrisses. Auch die Unterbringung in Hotels ließe sich derzeit nicht mehr vermeiden. Man sei also am Ende der Möglichkeiten angekommen und müsse bereits die Notfallunterbringung in Wohncontainern ins Auge fassen.

Ratsherr Manfred Kehr fragte nach: Da die Weltlage sich aktuell noch an vielen Stellen verschärfe (z.B. Mali, Mosambik) sei doch erkennbar, dass die Lage sich für Flüchtlinge weiter verschärfen werde. So war seine Frage, warum jetzt nur 2 Grundstücke von 5 baureifen Grundstücken bebaut werden würden.

Herr Paal wies in seiner ausführlichen Antwort u.a. speziell auf die angespannte Finanzlage hin, in der das Ausmaß von Ausgaben sehr genau abgewogen werden muss. Aber die Entwicklung würde natürlich genau beobachtet werden. Und auf lange Sicht würde auch die Bebauung der weiteren Standorte nicht ausgeschlossen sein.

Gerade mit „Dublin 2“ seien die Länder Europas an den Grenzen zu den Krisenländern die, die am meisten Flüchtlinge aufnehmen müssten. Zum Beispiel im Fall von Syrien trägt die Türkei die Hauptlast. Daher sei mit einem überproportionalen Anstieg nicht zu rechnen.

Hier verwies Herr Marinos auf die fehlende europäische Solidarität.

Herr Dr. Ömer Lütfü Yavuz bat um die Übersetzung in Zahlen der bisher genannten Prozentsätze.

Herr Paal antwortete: In 2011 gab es 45.741 Erstanträge und 2012 waren dies 64.539 Erstanträge. Im Vergleich auch noch das Jahr 1995: Seinerzeit hatte es 127.937 Erstanträge gegeben. Damit relativierte sich zunächst auch die Darstellung in den Pressemitteilungen. Aber dann müsste man auch den Tiefstand im Jahr 2007 betrachten. Hier waren nur 19.164 Asylanträge gestellt worden. So dass dann der Sprung auf 45.741 im Jahr 2011 und 64.539 im Jahr 2012 als doch erheblich eingestuft werden muss.

Neben den Erstanträgen gäbe es auch noch Folgeanträge. In 2011 waren dabei 7.606 Folgeanträge und 2012 dann 13.112 Folgeanträge zu berücksichtigen.

Herr Dr. Yavuz bat um die Zahlen für die Stadt Münster.

Herr Paal: Im Jahr 2011 waren 221 Asylsuchende in Münster und im Jahr 2012 426 Asylsuchende nach Münster gekommen. Die Steigerungsrate lag damit bei 92,7%.

Herr Pascal Powroznik fragte sich, ob es nicht kostengünstiger wäre, wenn die spätere anderweitige Nutzung der Unterbringungsheime möglich wäre. Er fragte sich auch, ob es nicht möglich wäre, mit der Wohn + Stadtbau GmbH als Tochtergesellschaft der Stadt Münster, Wohnungen bauen zu lassen, die dann im Bedarfsfall für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden würden. Er stellte sich vor, dass dann die Verwaltung flexibler und leichter auf diese sprunghaft ansteigenden Unterbringungsprobleme reagieren könnte. Er stellte sich weiter vor, dass damit auch „mehr Qualität rein zu bringen“ wäre.

Herr Marinos nahm die Wortmeldung von Herrn Paal an:

Zunächst wies Herr Paal darauf hin, dass die Baukörper der Flüchtlingsunterbringungen tatsächlich auch anderweitig genutzt werden könnten. Die Idee Wohnungen im Bedarfsfall anderweitig zu belegen, wären rechtlich nicht zu lösen, da dann Kündigungen der aktuellen Mietverhältnisse ausgesprochen werden müssten.

Herr Paal erörterte auch, wie wichtig es ist, dass es durch einen Mediationsprozess vor Jahren bereits gelungen war, in Frage kommende Grundstücke auszumachen und zur Baureife zu entwickeln. Damit seien die Standorte lokalisiert. Und dieser Schritt würde durch andere Herangehensweisen wieder aufgeweicht werden. Dieser Prozess war aber schon schwierig und einen Konsens zu erreichen sei hier sehr wertvoll. Auch die Einrichtungen von Investoren errichten zu lassen, um dann als Mieter aufzutreten, sei für den kommunalen Haushalt eine optimale Lösung.

Frau Jostameling wies in diesem Zusammenhang auch noch einmal auf das „Unterstützernetz“ hin, welches bereits am Beispiel in Albachten mit großem Erfolg eingebracht wurde. So würden bereits ein halbes Jahr vor dem Bezug alle Bewohner zu einer Informationsveranstaltung eingeladen werden. Aus diesem ersten Treffen heraus würde man die Bürger nicht nur informieren, sondern auch in den Integrationsprozess mit einbinden.

Ratsherr Robert von Olberg sprach die Überfüllung in den jetzigen Unterbringungen an. Er sehe auch insgesamt das Problem im Zusammenhang mit kaum noch bezahlbarem Wohnraum in Münster. Ob hier nicht eingegriffen werden könnte, war seine Frage, durch Maßnahmen, die es dann der Stadt ermöglichen, freien Wohnraum mit Wohnungssuchenden aktiv zu besetzen. Dies würde sicherlich auch wieder zu Benachteiligungen von anderen Gruppen, die auf Wohnungssuche sind führen, aber hier wäre doch die Lösung für die Stadt Münster primär im Vordergrund.

Herr Paal konnte diesen Argumenten Folge leisten. Er berichtete, dass es auch aus diesem Grund im Amt für Wohnungswesen einen neuen Arbeitsplatz gäbe, an dem ausschließlich schwierige Vermittlungsfälle bearbeitet und intensiv betreut werden würden.

Problemfelder, um nur einige zu nennen, seien die Belegungsrechte der Wohn + Stadtbau, aber auch die Notwendigkeit von Konversionen (= städtebauliche Umnutzungen). Dabei müsse man auch immer im Blick haben, dass auch Familien auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt dann auf einen immer enger werdendes Angebot träfen.

Im Weiteren wurden noch einige Baukörper – zum Teil im Eigentum der Stadt – im Gremium erörtert. Hier versprach Herr Paal, dass alle nur in Betracht kommenden Gebäude von der Verwaltung dahin gehend mit dem entsprechenden Handlungsdruck geprüft werden würden.

Herr Ahmet Yesilyaprak brachte an dieser Stelle in die Diskussion den Fall ein, der jetzt auch durch die Presse veröffentlicht wurde. Hier hatte eine Alleinerziehende Frau mit drei Kindern auf 2 Zimmer verzichten müssen, die aber unmittelbar noch gar nicht bezogen wurden.

Herr Paal erwiderte, dass ihm dieses Beispiel gar nicht bekannt wäre und er daher zu diesem Fall keine Erklärung abgeben könnte. Er würde dies aber gerne nachholen.

Herr Yesilyaprak wollte wissen, wo es hier in den Maßnahmen, Grenzen gäbe. Seines Erachtens ist die Lage so nicht tragbar.

Herr Marinos erwiderte darauf hin, dass Herr Paal, dann eine Erwiderung zu der Frage geben könnte, wenn er sich von der Angelegenheit ein Bild gemacht habe.

Herr Dr. Yavuz wies darauf hin, dass die Probleme dieser Art bekannt seien. Dabei müsse auch immer die Mentalitäten der Akteure berücksichtigt werden. Und immer wenn neue Leute in die Wohnheime einzögen, gäbe es gerade zu Beginn Spannungen.

Herr Paal äußerte sein Verständnis. Abschließend sicherte er allen Mitgliedern des Gremiums zu, dass die Verwaltung „jeden Stein derzeit umdrehe“, um den dringend benötigten Wohnraum sicher zu stellen.

Herr Marinos dankte für den Bericht und die sich daran anschließende Diskussion.

Er bat die Mitglieder des Gremiums um „Stimmabgabe“.

Das Gremium stimmte der Vorlage einstimmig zu.

I. Sachentscheidung:

1. Nach Entscheidung des Rates zu den Vorlagen 731/00, 731/00/E1 und 167/01, 167/01/E1 sind im Stadtgebiet entsprechend dem Bedarf Flüchtlingseinrichtungen zu errichten. Der Bedarf orientiert sich an den Zuzügen von Flüchtlingen und der Auslastung der vorhandenen Unterbringungskapazitäten.
2. Auf den dafür vorgesehenen Flächen in Roxel, Zum Schultenhof, und Wolbeck, Tönskamp, sollen nach dem bestehenden Konzept zur Integration und Unterbringung von Flüchtlingen jeweils eine Einrichtung für max. jeweils 50 Flüchtlinge errichtet werden. Beide Baumaßnahmen werden durch die Wohn- und Stadtbau GmbH hinsichtlich Grunderwerb, Errichtung und Mietkonditionen ausgeschrieben und bis zur schlüsselfertigen Übergabe betreut. Die Stadt Münster wird die von den Investoren errichteten Einrichtungen nach Fertigstel-

lung anmieten. Die Wohn- und Stadtbau GmbH agiert diesbezüglich im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrags.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Kosten und Folgekosten:

Die Miet- und Betriebskosten – einschließlich der Kosten für die persönliche Betreuung der Flüchtlinge sowie die hausmeisterischen Tätigkeiten - der neuen Einrichtungen sind Gegenstand der konkreten Planung und der einzelnen Beschlüsse, die in der Folge von den zu beteiligten parlamentarischen Gremien zu fassen sind. Die Verwaltung beabsichtigt die Einrichtung nicht selbst zu errichten, sondern wie in der Vergangenheit von Wohnungsbauträgern errichten zu lassen und anschließend anzumieten. Zu diesem Zweck sollen die Liegenschaften von den Wohnungsbauträgern erworben werden.

Mittelbereitstellung/Finanzierung

Investitionskosten fallen bei diesem Modell nicht an. Miet- und Betriebskosten werden in einer gesonderten Vorlage benannt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Berichte

Punkt 3.1 der Tagesordnung V/1000/2012

Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenter Münster 2013

Herr Marinos erteilte den Gästen vom Jobcenter, Herrn Ralf Bierstedt und Herrn Marcus Schölling das Wort.

In der Einführung zum Bericht:

„Das Jobcenter Münster erstellt jährlich ein Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm, aus dem hervorgeht, mit welchen Strategien und Maßnahmen der gesetzliche Auftrag, die vereinbarten Ziele und die geschäftspolitischen Schwerpunkte zur Vermeidung, Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit der Arbeit suchenden Menschen in Münster umgesetzt werden sollen.“

Mit dem Übergang des Jobcenters in die alleinige kommunale Trägerschaft zum 01.01.2012 ist die Stadt Münster losgelöst von der Bundesagentur für Arbeit verantwortlich für die Verwendung des jährlichen Eingliederungstitels sowie die damit verbundene Planung und Beschaffung der unterschiedlichen Förderungsinstrumente.

Der Prozess für die Auswahl und Gestaltung der Förderinstrumente wurde in 2012 neu strukturiert und systematisiert (vgl. Berichtsvorlage V/0877/2012 „Arbeitsmarktprogramm 2013 – Prozesse und Empfehlungen“ an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung).

Nach Abschluss des Planungsprozesses legt das Jobcenter nunmehr dem zuständigen Fachausschuss und den anderen fachlich betroffenen politischen Gremien das fertig gestellte Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2013 vor.“

Herr Bierstedt, Leiter des Jobcenters, begrüßte die Anwesenden. Er betonte in seiner Eingangsrede die besondere Premiere dieser jetzt alljährlichen Präsentation vor diesem Gremium.

Diesen Umstand habe man der Tatsache zu verdanken, dass zum 01.01.2012 die Stadt Münster als Optionskommune anerkannt wurde und das Jobcenter Münster damit ins Leben gerufen wurde.

Es folgte jetzt die Einführung in die Präsentation des umfangreichen Berichts.

Anschließend diskutierte das Gremium.

Inhaltlich wird an dieser Stelle auf die Berichtsvorlage verwiesen.

Unter anderem wurden folgende Fragen gestellt, die dann seitens Herrn Bierstedt und Herrn Schölling bzw. auch seitens des zuständigen Dezernenten Herrn Thomas Paal beantwortet wurden.

Diskutiert wurde im Besonderen, wie die Zielgruppen erfasst und welche passgenauen Fördermaßnahmen zur Anwendung kamen. Herr Schölling berichtete, dass festgestellt werden konnte, dass 19% aller Kunden des Jobcenters eine ausländische Staatsbürgerschaft hatten. Die Analyse der Zahlen nach besonderen Problemlagen würde auch wieder in diesem Jahr noch weiter verfeinert werden können.

Wichtig war es aber Herrn Bierstedt darzustellen, dass jede Fallbetrachtung und -betreuung, nicht primär davon abhängt, welche Staatsangehörigkeit der Kunde hat bzw. ob er einen Migrationshintergrund mitbringe. Vielmehr sei immer die Frage nach der individuellen Hilfebedürftigkeit bzw. persönliche Ressourcen für den Maßnahmenkatalog ausschlaggebend.

Aus dem Gremium wurden auch spezielle Probleme eingebracht, wie zum Beispiel die Anerkennung von Studienleistungen im Ausland oder Deutschkenntnisse bei der Arbeitsaufnahme. Hier boten Herr Bierstedt und Herr Schölling an, konkret die Einzelfälle außerhalb dieses Gremiums zu besprechen, da es doch sehr auf die jeweilige Konstellation ankomme.

Herr Peter Wolfgarten stellte die Frage, warum, wenn die Vermittlungszahlen nicht verbessert werden konnten, die Optierung für Münster so wichtig gewesen sei. Immerhin sei immer genau damit argumentiert worden.

Herr Paal erwiderte, dass in Zukunft diese Statistik nicht nur die kurzfristigen Erfolge darstellen soll. Vielmehr will man nachhaltig auf dem Arbeitsmarkt in Münster agieren. So könne man aufgrund der schnellen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, nur mit langfristigen Entwicklungen auch nachhaltige Erfolge sichern. Dass es nun erst einmal schlechtere Ergebnisse gäbe, damit habe man schon gerechnet, da die besonderen Maßnahmen, wie die für Langzeitarbeitslose keine unmittelbare Wirkung entfalten könnten.

Frau Petra Seyfferth äußerte Ihre Unzufriedenheit darüber, dass die Auswertung von Migranten in Bezug auf die speziellen Maßnahmen so nicht abzulesen sei. Sie vermisse eine generelle Strategie für diese Personengruppe.

Herr Bierstedt erwiderte: Diese Idee habe man auch in einem Planungsworkshop des Jobcenters mit aufgegriffen, um dann aber festzustellen, dass dies so nicht notwendig sei. Vielmehr ist es immer eine klientspezifische Situation, die dann zur Maßnahme führt. So sei es mittlerweile möglich, dass Maßnahmen, die nicht in Münster angeboten werden würden, dann aber in anderen Städten von den Kunden mit einem Bildungsgutschein wahrgenommen werden kön-

nen.

Herr Paal bekräftigte mit Beispielen die neue Betrachtungsweise. Es seien immer viele verschiedene Möglichkeiten, die in Betracht kommen, um einen Menschen in Arbeit zu vermitteln.

Herr Deler Saber sah hier auch in den Sprachkursen eine sehr starke Aktivierungsmaßnahme.

Neben der Diskussion über die Eingliederung von hochqualifizierten Fachkräften mit Einschränkungen bei den Deutschkenntnissen, wurde der Fokus um die Gruppe der wenig bzw. auch nicht qualifizierten Menschen erweitert. Hier bietet der Arbeitgebermarkt besonders im Bereich der Studierenden eine Fülle von Möglichkeiten, geringfügig Beschäftigte zu rekrutieren. Und damit hat das Jobcenter Münster erschwerte Bedingungen bei der Vermittlung.

Herr Marinos bedankte sich für den Bericht.

Herr Bierstedt und Herr Schölling bedankten sich für die Gelegenheit der Darstellung.

Punkt 4 der Tagesordnung

Berichte aus den Ausschüssen

Seit der letzten Sitzung hatten keine Ausschüsse getagt. Und so gab es auch keine Berichte.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Marinos berichtete zu folgenden Themen:

Unesco-Schule Schillergymnasium

Rückblickend auf das Jahr 2012 und der Ernennung zur UNESCO-Schule hat das Schillergymnasium bereits im Verlauf des Jahres 2012 viele Aktivitäten unternommen.

Grußkarte wurde vorbereitet

Herr Marinos erläuterte noch einmal die Idee der Grußkarte und warb für eine Neuauflage – ähnlich der 1991 stattgefundenen Aktion. Er beschrieb das Bild und seine Intention. Zentrales Thema ist die Flucht von Menschen, die in Booten nach Europa kommen, deren Boote aber kentern. Die Menschen werden getötet, bevor sie Europa erreichen. Dafür stehen die Kreuze. Und die Brücke steht für den damit verbundenen Wunsch eine Menschenbrücke zu bauen.

Zuschusskriterien

Frau Wübken hatte die ersten Anträge auf Zuschüsse erhalten und nahm dies zum Anlass nach den Zuschusskriterien zu fragen, die es schon einmal zu besprechen galt.

Es wurde vereinbart, dass auf der nächsten Sitzung zu diesem Thema eine Entscheidung getroffen werden soll.

Herr Marinos gab noch einmal zu bedenken, dass hier finanzielle Mittel, die der Arbeit des In-

tegrationsrates zur Verfügung gestellt wurden, weitergereicht werden würden. Damit aber die Leute mit dem Integrationsrat kooperieren, sei es notwendig, dass man sich auch an deren Ausgaben für die Projekte beteilige.

Er warb dafür, dass der Kriterienkatalog, den er vorgeschlagen hatte, so auch verabschiedet werden sollte.

Frau Seyfferth begrüßte es, dass möglichst noch zu Beginn des laufenden Jahres über das künftige Verfahren abgestimmt werden wird.

Der Vorsitzende Herr Marinos bedankte sich und beendete die Sitzung!

Die Sitzung endete um 19.50 Uhr.

gez.
Spyridon-Paul Marinos
Vorsitz

gez.
Regina Etienne
Schriftführung